

Ratssitzung Donnerstag, 1. März 2007-03-01

Haushaltsrede Dr. Günter Pruin (SPD)

Es gilt das gesprochene Wort.

Sperrfrist: TO Haushalt 2007 im Rahmen der Ratssitzung

Anrede

Ich möchte das Ziel der Haushaltsberatungen für die SPD-Fraktion an den Anfang meiner Rede stellen: Auf der Grundlage der umfangreichen interfraktionellen Gespräche und der Beratungen im HFBP sollte es eigentlich gelingen, den Haushalt mit einer großen Mehrheit zu verabschieden. Dies wäre ein richtiges und wichtiges Signal!

Zur Vorgeschichte: Nachdem sich SPD, CDU, Grüne und die FDP, im Vorfeld der Hauptausschusssitzung meines Erachtens schon verständigt hatten, wollte die CDU dann letztlich doch keinen gemeinsamen Antrag in die zweite Lesung am 9. Februar einbringen. Deshalb gab es erstmalig ein Antragspaket von Rot, Grün und Gelb, in dem die mit der CDU erzielten Kompromisse der Verhandlungen eingearbeitet waren. Die HFBP - Sitzung bestätigte dann auch auf eindrucksvolle Weise: es gibt eine große gemeinsame Schnittmenge zwischen den demokratischen Kräften in diesem Rat. Dies war zunächst einmal ein positives Zeichen für die zukünftige politische Entwicklung unserer Stadt. Nun zeichnet sich aber ab, dass die CDU trotz dieser weitgehenden inhaltlichen Übereinstimmung dem Haushalt nicht zustimmen will.

Sie benennt dafür – so weit ich es sehe - zwei Gründe: zum einen das Verhalten der Grünen in Sachen Kindergartenbeiträge und zum anderen die Ablehnung der eigenen Rolle des vermeintlichen Mehrheitsbeschaffers.

Anrede

Wenn meine Fraktion es sich einfach machen wollte, würde sie auf eine heute wahrscheinliche Mehrheit von Rot/Grün und Gelb setzen, denn dann wäre der Haushalt „durch“. Leider ist die Wirklichkeit immer komplizierter und deshalb appelliere ich noch einmal ausdrücklich an die Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion. Werfen sie ihre taktischen Positionen über Bord und stimmen sie dem Haushalt zu! Zum einen gibt es kaum inhaltliche Differenzen in allen kommunalen Themenfeldern und in Sachen der Kindergartenbeiträge gab es starke Signale – so der Kollege Heinberg - einer sozialverträglichen Lösung mit Augenmaß zuzustimmen. Dies werden wir aber an anderer Stelle der Tagesordnung ausführlich diskutieren.

Wir brauchen sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, denn nur mit einer breiten Mehrheit bei zukünftigen Entscheidungen werden wir zu ebenbürtigen Verhandlungspartnern auf Augenhöhe mit der Bezirksregierung! Dies ist bitter nötig und liegt im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Reden Sie sich doch nicht klein: Sie sind keine bloßen Mehrheitsbeschaffer, sondern eine große Fraktion, die durch sachpolitische Entscheidungen die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt mit gestalten will. Sie können doch in dieser extrem schwierigen Situation nicht ernsthaft sagen: eigentlich sind wir inhaltlich für die Zustimmung, aber auf Grund klimatischer Probleme, Schwierigkeiten mit der eigenen

Profilierung grenzen wir uns ab und erhöhen den Aufmerksamkeitsgrad für uns selbst, in dem wir den Haushalt ablehnen.

Ich will nicht verhehlen, dass es vielleicht nach 1999 solche Diskussion auch innerhalb der SPD-Fraktion gab. Aber sie wollen sich dies doch nicht ernsthaft zum Vorbild nehmen?

Vergessen sie nicht: Nur ein starker, gemeinsam handelnder Rat ergibt, gemeinsam mit dem Oberbürgermeister den notwendigen Rückhalt bei den vielen noch anstehenden schwierigen Projekten. Sie haben als große Fraktion eine immense gesamtstädtische Mitverantwortung und ich erwarte, dass sie dieser heute gerecht werden!

Anrede

Die Haushaltsberatungen alten Stils sind endgültig Vergangenheit. Es geht nun nicht mehr darum, einen gewissen Anteil an freier finanzieller Verfügungsmasse zu verteilen, denn der neue, auf Kontrakten aufgebaute Produkthaushalt beinhaltet die von der Verwaltung und der Politik abzuschließenden Vereinbarungen. Diese Kontrakte vorzubereiten und vorzuschlagen ist die Aufgabe der Verwaltung und die Aufgabe der Politik wiederum besteht darin, diese Kontrakte zu beschließen, eventuelle Veränderungen auf den Weg zu bringen oder eigene Kontrakte in den politischen Prozess einzuspeisen. Hier können dann Prüfaufträge eine wichtige Rolle spielen.

Wenn wir uns die Anträge zur zweiten Lesung anschauen, können wir feststellen, dass das NKF-System nach Anfangsschwierigkeiten nun verstanden wurde.

Selbstredend müssen wir bei allem berücksichtigen, dass der pflichtige Anteil des Haushalts bei über 90 % liegt.

Ich will sie nicht mit Zahlen langweilen, nur soviel: Aus den aktuell vorliegenden Daten einschließlich der Mittelfristigen Finanzplanung ergibt sich, dass ein politischer Handlungsspielraum für die nächsten Jahre so gut wie ausgeschlossen ist. Ein wesentliches Moment dabei ist die 2004 vom Rat beschlossene Infrastrukturrevision. Zum zweiten Mal werden wir die 13 Mio. Euro an Einsparungen erbringen, aber der Druck im Kessel wird immer höher. Angesichts gegenüber dem Beschlussdatum stark veränderten Rahmenbedingungen für den Haushalt werden wir zukünftig die 2004er Entscheidung bei den Haushaltsberatungen auf den Prüfstand stellen und bezüglich ihrer Zielführung hinterfragen.

Anrede

Wir halten dabei weiterhin an unserem Ziel fest, den Dreiklang von Zukunftsinvestitionen, sozialer Stabilität und Haushaltskonsolidierung in Einklang zu bringen. Dabei wird auch weiterhin der Grundsatz gelten, dass die Strukturen, die für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt notwendig sind, erhalten bleiben müssen. Wir werden uns nicht daran beteiligen, diese Stadt kaputt zu sparen.

Sie alle wissen: der Haushaltsausgleich wird gerade unter dem Aspekt eines strukturellen Einnahmedefizits und des permanenten Draufsattelns immer neuer Aufgaben durch Bund und Land oder entsprechender Kürzungen von Leistungen (s. die ausbleibende Unterstützung des Landes bei den Kindergartenbeiträgen) nicht aus eigener Kraft zu realisieren sein, insbesondere dann nicht, wenn die notwendigen Reformen der Gemeindefinanzen ausbleiben.

Wir brauchen Hilfe von außen und erwarten entsprechende finanzielle Konzepte der Landesregierung gerade auch auf dem Hintergrund des Kohlekompromisses. Der Kämmerer hat ganz Recht, wenn er sinngemäß vom Haushalt der Stadt als einer „ausgepressten Zitrone“ spricht.

Trotz dieser überaus schwierigen und widersprüchlichen Rahmenbedingungen, übrigens trotz „sprudelnder Gewerbesteuer“, gelten für meine Fraktion weiterhin drei Leitlinien:

- Wir wollen vorhandene Strukturen in ihrem Bestand sichern und darin eingeschlossene Entwicklungspotenziale fördern.
- Wir wollen gleichzeitig neue Zukunftsfelder erschließen, und
- Wir wollen die grundlegenden Reformen zur Modernisierung von Verwaltung und Politik auf der Basis von Neuer Steuerung und NKF weiterentwickeln.

Anrede

Nachdem wir gemeinsam über die Prioritätenliste wichtige Investitionsentscheidungen bereits einvernehmlich getroffen haben, möchte ich an Hand einiger Eckpunkte aus den Haushaltsberatungen noch einmal verdeutlichen, was der SPD-Fraktion besonders wichtig ist.

- An erster Stelle ist die Stadtentwicklung zu nennen. Die bisherigen Stadtteilenerneuerungsprogramme sind und waren für die Stadt, die immer noch im Strukturwandel steckt, von herausragender Bedeutung. Insbesondere das fast abgeschlossene Projekt Bismarck/Schalke-Nord zeigt deutliche Erfolge, die zu einer nachhaltigen und sich selbst tragenden Entwicklung führen. Gelsenkirchen verfügt mittlerweile über kleinteilige sozialräumliche Analyseverfahren und – Daten, die die Einbeziehung weiterer Stadtteile wie Schalke, Scholven, Bismarck, Bulmke-Hüllen, Ückendorf-Nord und Neustadt begründen. Deshalb soll die Verwaltung, Finanzierungs- und Handlungsansätze entwickeln, um diese überaus wichtigen Infrastrukturprojekte auch für andere Stadtteile zu entwickeln.
- Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung, des Bevölkerungsrückgangs und der Zunahme der Menschen mit Migrationshintergrund sowie der vielfältigen sozialen Probleme einhergehend mit hoher Arbeitslosigkeit, sind die Stadtteilprojekte über den infrastrukturellen Bereich hinaus umfassend in dem Sinne anzulegen, dass sie intersektorale Netzwerke schaffen, die dazu führen, Arbeits- und Kommunikationsstrukturen zu entwickeln, um Stück für Stück die Lebensqualität für die Menschen in unserer Stadt weiter zu entwickeln. Hier bestehen dann auch Möglichkeiten, viele Projekte modellhaft aufzulegen, um die Erfahrungen auf andere Bereiche zu übertragen.
- Die Finanzierungsmöglichkeiten für diese Projekte müssen weiterentwickelt werden. Es bestehen große Probleme, die notwendigen Eigenanteile teilweise in Konkurrenz zu den „normalen“ infrastrukturellen Investitionen zu tätigen. Deshalb fordern wir die Prüfung einer Verringerung des Eigenanteils und/oder eine entsprechende Ausweitung des Kreditrahmens. (Das Thema Strukturhilfen und Kohlekompromiss wurde ja bereits an anderer Stelle diskutiert). Es gibt übrigens auch gute volkswirtschaftliche Gründe, die Finanzausstattung der Kommune in Sachen Stadtteilprojekte besonders zu behandeln, denn eine neue Studie des RWI zeigt die immensen positiven Folgewirkungen dieser Investitionen. Die beabsichtigte Gründung einer Stadtentwicklungsgesellschaft zur Unterstützung und Steuerung der Stadterneuerung ist hier eine folgerichtige Konsequenz.
- Wenn wir es schaffen, dies mit den vielfältigen Arbeitsansätzen zur Stärkung der Gelsenkirchener Kompetenzfelder einhergehend mit intelligenter Regionalpolitik zu verknüpfen, sind wir auf dem richtigen Weg. Dies wird Arbeitsplätze erhalten und schaffen und zwar im Kontext eines starken Netzwerks kommunaler Kompetenzen.

- Das zentrale Immobilienmanagement muss endlich Fahrt aufnehmen, denn hier stecken eine Vielzahl von Optimierungsprozessen, die wir nutzen sollten. Dies steht auch in enger Verbindung mit dem nächsten Punkt:
- Die gefundene Lösung des weiteren Umgangs mit dem Hans-Sachs-Haus zeigt endlich in eine positive Richtung. Wir können durch ein adäquates Raumprogramm und einen Architektenwettbewerb ein Zeichen setzen, damit Bürgerinnen, Bürger und Politik wieder über ein wichtiges Zentrum in unserer Stadt verfügen.
- Lassen sie mich abschließend noch einige Punkte aus den Haushaltsberatungen ansprechen: Wir bitten um die Prüfung eines weiteren Standbeins für das Kommunale Kino, sowie eine Machbarkeitsanalyse zur Aufwertung und Erweiterung des Museums.
- Wir wollen die Stärkung der Kinder- und Jugendarbeit durch die Umsetzung des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes; dazu liegen inhaltliche Empfehlungen auf dem Tisch.
- Bezüglich des Jugendheimes an der Oberfeldingerstr. und der Jugendverkehrsschule haben wir keine simplen Schließungsbeschlüsse gefasst, sondern eine umfassende Prüfung durch die Verwaltung auf den Weg gebracht. Erst dann wird klar sein, ob ein Handlungsbedarf besteht.

Anrede

Wir sind auf einem guten Weg, aber eine positive Zukunftsentwicklung kann nur gelingen, wenn die große Mehrheit der demokratischen Kräfte im Rat zusammenarbeitet und verdeutlicht: Wir stehen ein für Gelsenkirchen, wir lassen uns nicht auseinanderdividieren und gegeneinander ausspielen. Ich bitte sie nochmals: Vollziehen sie nach der sachlichen Einigung in allen wesentlichen Fragen den nächsten Schritt; stimmen sie dem Haushalt zu.